

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: M. Hoffe, Baerlein & Vogler, G. L. Damm, Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerthmann, Eberhard B. Thienck, Greifswald G. Jülich, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Gieseler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Die Verwandtschaft im bürgerlichen Gesetzbuch.

Die Bedeutung der Verwandtschaft war in den deutschen Rechten von jeher groß und trat nicht nur im Gebiete des Privatrechts hervor. So lag den Verwandten die Unterstützung in der Fehde und vor Gericht ob, sie traten als Eideshelfer auf und leisteten für das Vergehen. Der Grundbesitz war Jahrhunderte hindurch nicht Eigentum eines Einzelnen, sondern gehörte der Sippe; im Ackerbau machte sich die Verwandtschaft im weitesten Sinne geltend. Im heutigen Recht spielt die Verwandtschaft nicht mehr diese Rolle. Immerhin aber hat sie — auch noch abgesehen vom Erbrecht — ihre große Bedeutung. Es sei hier nur an das Vormundschaftsrecht und den Familienrat, sowie an die auf der Verwandtschaft beruhenden Ehehindernisse erinnert. Auch im Gebiete des Strafrechts macht sich die Verwandtschaft geltend, indem sie theils Straffreiheit schafft, z. B. bei der Begünstigung, theils die Strafbefreiung abhängig macht von dem Antrage des Verletzten, z. B. beim Diebstahl. Kein Gesetzbuch faßt deshalb eine Begriffs-Aufstellung und genaue Begrenzung der Verwandtschaft entbehren. Das bürgerliche Gesetzbuch nennt Personen, deren eine von der andern abstammt, in gerader Linie verwandt. Personen, die nicht in gerader Linie verwandt sind, aber von derselben dritten Person abstammen, sind in der Seitenlinie verwandt. Der Grad der Verwandtschaft bestimmt sich nach der Zahl der vermittelnden Generationen. Dies alles sind Sätze, welche in allen geltenden deutschen Rechtskreisen Anwendung gefunden haben. Das italienische Recht hat die Verwandtschaft auf gewisse Grade beschränkt; mit Recht hat das bürgerliche Gesetzbuch hiervon abgesehen, weil eine derartige Beschränkung keine innere Berechtigung hat und unfern historischen Anschauungen direkt widerspricht. Von Bedeutung ist dies für das Erbrecht. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch ist die Verwandtschaft-Erbfolge keiner gesetzlichen Schranke unterworfen; auch der entfernteste Verwandte würde mit seinem Erb-Ansprüche dem Fiskus noch vorgehen. In Bezug auf die Graderbestimmung der Verwandtschaft ist das bürgerliche Gesetzbuch den in den neuen Rechten allenthalben des römischen Rechts gefolgt und hat sich damit in Gegensatz zu der Berechnungsweise des kanonischen Rechts gestellt. Nach dem kanonischen Rechte werden zur Feststellung der Stufe der Verwandtschaft zweier Personen nur die Generationen bis zu dem gemeinsamen Stammvater gezählt; bei Ungleichheit der Zahl derselben auf beiden Seiten entscheidet die längere Seite. Nach römischen Recht und dem bürgerlichen Gesetzbuch sind Geschwister im zweiten Grade mit einander verwandt, nach kanonischem Recht im ersten Grade, Dunkel und Neffe sind nach römischen Recht im dritten, nach kanonischem Recht im zweiten Grade, Großonkel und Großnichte nach römischen Recht im vierten, nach kanonischem Recht im dritten Grade verwandt u. s. w. Die Verwandtschaft hat zur Grundlage eheliche Abstammung. Auf dem Gebiete des Privatrechts steht also eine Familien-Verbindung mit den aus ihr sich ergebenden Rechten und Pflichten eine durch die Ehe vermittelte Zeugung voraus. Dies gilt indessen nur für die Verwandten nach der väterlichen Seite. Im Verhältnis zur Mutter und zu den Verwandten der Mutter hat das uneheliche Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Ueber den Begriff der Schwägerschaft im bürgerlichen Gesetzbuch ist Folgendes zu bemerken: Die Verwandten des einen Ehegatten sind mit dem andern Ehegatten verschwägert. Die Linie und der Grad der Schwägerschaft bestimmen sich nach der Linie und dem Grade der sie vermittelnden Verwandtschaft. Ein Ehegatte ist demnach genau in demselben Grade mit den Verwandten seines Ehegatten verschwägert, wie Letzterer mit ihnen verwandt ist. Die Schwägerschaft dauert auch nach Auflösung der sie begründenden Ehe fort.

## Nur Sache Pola.

Unter den Fremden, die an der Sache des Romanciers oder vielmehr an der Sache der Menschlichkeit lebhaften Anteil nahmen, ragt Björnsterne Björnson hervor. Konnte der skandinavische Dichter vor Monaten dem romantischen Kollegen nur seine Sympathien brieflich übermitteln, so tritt er jetzt in einem zweiten Schreiben helfend an die Seite Zolas. Der Brief, welcher vom 17. d. Mts. aus München datiert ist, wird von der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt und lautet:

„Lieber Meister! Ich halte mich gegenwärtig in München auf. Eine der Münchener Berühmtheiten erzählt mir soeben, daß der deutsche Reichstanzler, Fürst Hohenhausen, ihm unumwunden gesagt hat, daß Dreyfus, soweit es Deutschland betrifft, ganz unschuldig ist. Und ebenso unumwunden hat er den Schuldigen genannt. „Aber passen Sie auf“, fügte er hinzu, „die Franzosen werden es nie zugeben, daß die Sache revidiert wird. Dreyfus muß sterben wie der Jude aus Nazareth, um die Sünden Anderer zu sühnen.“ Ich lese in dem Blatt, das französischen Generalsstab, „Echo de Paris“, daß Alfred Dreyfus Frankreich auch an die Italiener verraten hat, was doch ganz unglücklich ist nach der Erklärung der italienischen Regierung. Der italienische Kriegsminister hat damals bezeugt, daß Alfred Dreyfus nie mit irgend einem italienischen Agenten zu thun gehabt hat. Ich bin diesen Winter in Rom gewesen. Dort wurde allgemein angenommen, daß diese vom französischen Generalstab so mißachtete Erklärung vom König selbst stammte. Ich weiß, daß der Märrer der Teufelsinsel beim italienischen Hof leidlich wohlwollende Sympathien hat. Dort ist die Meinung ein warmer Wunsch, wie übrigens in ganz Italien. Weiter kann ich erzählen, daß schon zur Zeit der ersten Intervention wegen der Dreyfussache im Palais Bourbon ein Florentiner Professor von einem italienischen Generalsstabler hörte, daß Alfred Dreyfus nicht der Schuldige sei, sondern ein älterer und höherer französischer Offizier. Für Alles, was ich hier schreiben kann, ich meine Gewährsmänner nennen. Sie sind alle willig, es zu bezeugen. Mit meiner ganzen theilnehmenden Sympathie Björnsterne Björnson.“

## Der spanisch-amerikanische Krieg.

Den verschiedenen Märgen, die in der letzten Zeit über die Beziehungen der deutschen Flotte in den Gewässern Manilas zu den Amerikanern von englischer Seite verbreitet worden, macht jetzt eine offiziöse Darstellung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ein definitives Ende. Das Blatt schreibt: In Londoner Privattelegrammen hiesiger Blätter lesen wir, nach Nachrichten aus Washington hätte die deutsche Regierung dem Staatssekretär Dah verweigert, das Vorgehen der deutschen Offiziere bei Manila sei unbefugt gewesen. In einer anderen solchen Meldung heißt es, die deutsche Regierung lehne die Verantwortung für die Aktion des Admirals von Diederichs ab und werde ihn zur Verantwortung ziehen, falls er sich in amerikanischen Angelegenheiten eingemischt habe. Wir wissen nicht, welchen Anlaß unsere Regierung zu solchen oder ähnlichen Erklärungen haben sollte. Von einer gegen die Vereinigten Staaten unfreundlichen Aktion des Admirals von Diederichs oder einzelner Schiffe des deutschen Geschwaders in den philippinischen Gewässern ist hier amtlich bisher nichts bekannt; desgleichen weiß man nichts von einer amerikanischen Initiative im Sinne einer Beschwärzung. Die deutsche Regierung ist daher gar nicht in die Lage gekommen, irgend etwas zu erklären.

Was den Stand der Friedensverhandlungen angeht, so liegt jetzt aus Madrid eine Meldung vor, die wenig beruhigend klingt. Mehrere Minister erklärten auf Befragen, ihnen sei von gegenwärtigen Friedensverhandlungen nicht das Geringste bekannt. Sollte irgend eine Eröffnung bezüglich des Friedens gemacht werden, so würde der Minister des Auswärtigen Herzog von Almodovar und der Handelsminister Samozar damit betraut werden, die nötigen Verhandlungen dazu einzuleiten. Man scheint also in Madrid die Einleitung von Friedensverhandlungen von amerikanischer Seite zu erwarten.

Im Zusammenhang mit der Uebergabe von Santiago ist es nicht nur zu sehr ernstlichen Zerwürfissen zwischen den amerikanischen Besatzern und den Befreiten, den kubanischen Aufständischen, sondern auch zu recht unliebsamen Austritten und Auseinandersetzungen im amerikanischen Lager gekommen. Die Beziehungen zwischen dem Admiral Sampson und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Landtruppen, General Schafter, haben schon vor der Einnahme Santiagos manches zu wünschen übrig gelassen, wie aus Schafter's Beschwerden hervorging, die er darüber führte, daß Sampson's Geschwader die Landtruppen bei ihrem Angriff auf Santiago nicht genügend unterstützte. Jetzt, wo sich Santiago in amerikanischen Händen befindet, sind die Beziehungen zwischen Sampson und Schafter dadurch verschärft worden, daß der Admiral die in dem Hafen vorgefundenen Dampfer und Schiffe als Präsen der Flotte beansprucht, während General Schafter den Standpunkt einnimmt, daß diese Schiffe durch die Uebergabe Santiagos ihm anheimgefallen sind und unter seiner Kontrolle stehen. Schafter hat gegen die Besetzung der betreffenden Schiffe durch Marinemannschaften Einspruch erhoben. Eingehende Berichte über die Streitigkeiten sind nach Washington abgeschickt worden und die dortigen Behörden werden die Entscheidung treffen müssen. In einem unehelichen Austritt ist es in Santiago zwischen dem General Schafter und dem Kriegsberichterstatter der „World“, Scovel, bei dem Hissen der amerikanischen Flagge in der bezwungenen Stadt gekommen. Nach einem Bericht der „Daily News“ wollte Scovel hervorragenden Anteil an dieser Feierlichkeit nehmen, wahrscheinlich weil er dieses in seiner Eigenschaft als der Vertreter eines der wildesten „gelben“ Blätter für unzulässig hielt. Er versuchte sich Zutritt zu dem Palast des Gouverneurs von Santiago, wo der Akt vollzogen werden sollte, und erklärte das Dach, auf dessen Zinnen die spanische Flagge durch das Sternbanner ersetzt werden sollte. Dort waren General Wheeler und eine Anzahl Offiziere versammelt, um auf ein gegebenes Zeichen die amerikanische Flagge aufzuziehen. Scovel's Anwesenheit in ihrer Mitte erschien ihnen überflüssig. Es wurde ihm bedeutet, den Müßiggang anzutreten, und als er Einwendungen erhob, wurde er die Treppe hinab und auf die Straße befördert. Daraus große Wuth des Herrn Scovel. Er begab sich zu General Schafter und beklagte sich über schlechte Behandlung, fand aber bei ihm keine Gegenliebe, nicht einmal Mißgefühl, und mußte einige sehr barbare Worte über gelben Journalismus im Allgemeinen und seine werthe Person im Besonderen hören. Diese Wuththeilung quittierte Scovel durch Schläge, die er dem General mit flacher Hand in das Gesicht versetzte. Herr Scovel wurde sofort verhaftet und unter Bewachung nach Siboney abgehoben, von wo er nach den Vereinigten Staaten geschickt werden soll. — Auch die spanischen Truppen, die durch die Uebergabe von Santiago in die Hände der Amerikaner gefallen sind, machen ihnen viel zu schaffen. Ein Theil der Leute verlangt in dem Glauben, daß Amerika Sklaven gekauft habe, von den Amerikanern die Ausbezahlung des rückständigen Soldes und will nicht glauben, daß sie durch Uebergabe amerikanische Kriegsgefangene geworden sind.

Der Korrespondent des „New York Herald“ teilt uns Manila vom 17. d. M., daß die gesamten Streitkräfte der Amerikaner am 15. und 16. d. M. angekommen sind. Die Zahl der Amerikaner beläuft sich nunmehr auf 5000. Wahrscheinlich wird vor der Ankunft des Generals Merritt nichts unternommen werden. Inzwischen haben die Aufständischen ihre Angriffe auf die Stadt kräftig erneuert. Die Spanier erwidern dieselben unter ganz ungeheurer Munitionsverschwendung, hoffen aber nicht mehr auf einen eintägigen Erfolg. Die Lebensmittel werden knapp und Alles deutet darauf hin, daß die Spanier bald kapitulieren werden, obwohl sie den Aufstand zu erwidern suchen, als ob sie sich schlagen wollten, um den Schein zu retten. Die Wikagos wollen sich den Tagalos nicht anschließen, und es scheint gewiß, daß die Eingeborenen sich niemals zusammenhängen, noch jemals unter die spanische Herrschaft zurückkehren werden. Die einzige Alternative bleibe eine Fremdenherrschaft.

Eine halbamtliche Mitteilung besagt, Portorico werde von den Vereinigten Staaten besetzt werden. Man hätte schon lange beschlossen, die Insel, wenn sie einmal in Besitz genommen, nicht wieder herauszugeben. Der Besitz Portoricos werde die Vereinigten Staaten zum Theil für die großen anlässlich des Krieges gemachten Aufwendungen entschädigen. Hinsichtlich der Philippinen hätte man sich noch nicht über die zu verfolgende Politik schlüssig gemacht; dieselbe hänge von der Entwicklung der Lage ab. Jedenfalls würde man die Ladrone-Inseln als Kohlenstation behalten können.

Die Abfahrt des Hochkommandirenden General Miles von Siboney nach Portorico hat sich neuerdings verzögert. Diese Verzögerung wird darauf zurückgeführt, daß die zur Begleitung der Expedition bestimmten Schiffe seitens des Marine-Departements mangelhaft ausgerüstet sind. Nach Berichten dagegen, die der Kriegssekretär Alger aus Tampa erhielt, ist ein Theil der Expedition bereits von Tampa abgegangen; die Abfahrt der Schiffe aus Key-West dagegen dürfte erst nach einigen Tagen erfolgen.

Das „Evening Journal“ veröffentlicht eine Depesche aus Santiago, wonach Garcia an den General Schafter geschrieben hätte, die Aufständischen würden nicht mehr mit den Amerikanern zusammen wirken, sondern unabhängig von ihnen wie vor ihrer Ankunft handeln. Er werde sich in Folge dessen mit seinen Truppen in die Berge zurückziehen.

## Aus dem Reiche.

Das fünfzigjährige Militärdienstjubiläum des Generaladjutanten während Kaiser Wilhelms I., Generals der Kavallerie Grafen von Zehndorff, wurde, wie aus Königsberg i. Pr. gemeldet wird, gestern auf Schloß Preil im englischen Familienkreise begangen. Der Kaiser und Fürst Bismarck sandten Glückwunschtelegramme; außerdem sind viele andere Glückwünsche und Ehrengaben eingetroffen.

Graf Herbert Bismarck hat angeordnet, daß das Bismarck-Museum in Schönhausen von jetzt an des Sonntags geschlossen bleibe, Vereine an anderen Tagen ohne vorherige Anmeldung nicht mehr zugelassen werden und daß Kinder von dem Zutritt in das Museum überhaupt ausgeschlossen sind. — Rektor a. D. A. Ahlwardt und sein Schwiegersohn Bobert unternehmen gegenwärtig wieder eine Rundreise durch Deutschland und Ahlwardt macht dabei für ein neues Unternehmen Propaganda, für den „Deutschen Volksbund“. Zur persönlichen Unterstüttung erhebt Ahlwardt jetzt für seine „Versammlungen“ schon ein Entree von 30 Pf., in Magdeburg wollte er außerdem in einer Versammlung sein Glück noch mit einer Tellerjagd versuchen, der überwachende Beamte gestattete dieselbe aber nicht. — Der Militärfiskus kaufte 6500 Hektar Land nordöstlich 20 Kilometer von Posen zur Anlage eines großen Truppenübungsplatzes. — Bei der jetzt beendigten Uebung der Garde = Feldartillerie-Brigade auf dem Schießplatz bei Jüterbog war auch ein Schießen nach dem Luftballon vorgegeben. Ein Festballon, so wird jetzt über dieses Schießen berichtet, wurde bis zur Höhe von 350 Meter aufgelassen. Die 6. Batterie des 2. Regiments stellte ein gewöhnliches Feldgeschütz auf eine sehr große Entfernung ein und feuerte so nach dem Ballon. Nach dem dritten Schuß begann dieser schon zu sinken, und mit achtzehn Schüssen war er so zerstückt, daß er rasch niederfiel. — Die Betriebsverhältnisse der preussischen Staatsbahnen haben im Monat Juni nur 880 000 Mark mehr als im Vorjahre ergeben, und zwar fällt auch diese Mehrerinnahme fast ausschließlich auf die Einnahmen aus dem Güterverkehr, der eine Mehrerinnahme von 4 094 000 Mark ergab. Dagegen war die Einnahme aus dem Personen- und Gepäckverkehr um 3 206 000 Mark niedriger als im Juni 1897. In Folge der Mehrerinnahme aus sonstigen Quellen in Höhe von 524 000 Mark ergibt sich im Ganzen für diesen Juni eine Mehrerinnahme von 1 412 000 Mark. Da die Monate April bis Mai eine Mehrerinnahme von 16 983 000 Mark ergeben haben, so ist in den drei ersten Monaten des am 1. April begonnenen neuen Rechnungsjahres nur eine Gesamtmehrerinnahme von 18 494 000 Mark gegen das erste Vierteljahr des Jahres 1897-98 erzielt worden. — Eine Kreis-Parteiversammlung der Sozialdemokraten in Solingen hat den früheren Reichstagsabgeordneten Schuhmacher = Solingen, der sich bekanntlich mit einer eigenen Kandidatur gegen den Genossen Scheibemann versucht hatte, und weitere fünf seiner Anhänger der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. — Das oldenburgische Dragoner-Regiment Nr. 19 unternimmt am 28. d. M. einen Uebungsritt nach Bremen. Das ganze Regiment wird hierbei in der Nähe der „Weser“ vormittags die Weser durchschwimmen. — Auf dem in Nocht abgehaltenen „Tage“ des in 295 Innungen 12 000 Mitglieder zählenden sächsischen Zerrersverbandes machte sich eine von den Vertretern der Schuhmachervereinigung und der Klempnerinnung in Dresden ausgehende starke Opposition gegen die Zwangsinnungen bemerkbar. Beschlossen wurde über die letzteren nichts. Zu der Gründung von Handwerkerkammern gab der Verbandstag die Erklärung ab, daß besondere Handwerkerkammern in Sachsen nicht notwendig seien, da die mit sächsischen Handelskammern verbundenen Gewerkekammern die Funktionen der Handwerkerkammern übernehmen könnten. — Regierungspräsident von Tiedemann in Bromberg hat dem „Volk“ zufolge am Verbst d. J. seinen Abschied erbeten. Als sein Nachfolger werde der Oberpräsidialrath Thon in Posen, der frühere Stettiner Polizeipräsident, genannt.

## Deutschland.

Berlin, 22. Juli. Der Minister des Innern hat dem Komitee des 8. Kongresses politischer Aerzte und Naturforscher in Posen auf seine Eingabe wegen Zurücknahme der die Theilnahme von Ausländern an dem beabsichtigten Kongresse verbotenden Verfügung des dortigen Polizeipräsidenten nachfolgenden Bescheid zugehen lassen:

Ich bin, wie ich dem Komitee auf die Vorstellung vom 7. d. Mts. erwidere, nicht in der Lage, dem darin gestellten Antrage auf Zurücknahme der von dem königlichen Polizeipräsidenten dahelbst in Bezug auf die Theilnahme von Ausländern an dem beabsichtigten Kongresse

erlassenen Verfügung Folge zu geben. So sehr die königliche Staatsregierung bereit ist, sachwissenschaftlichen Unternehmungen und Veranstaltungen jede thunliche Förderung zu Theil werden zu lassen, so liegt ihr im gleichen Maße die Pflicht ob, darüber zu wachen, daß diese Veranstaltungen nicht zu Zwecken gemißbraucht werden, für welche sie nicht bestimmt sind. Die letztere Voraussetzung war aber im vorliegenden Falle gegeben, nachdem in der ausländischen Presse unter Hinweis auf bekannte neuerliche Vorstöße öffentlich dazu aufgefordert worden war, den Kongress möglichst zahlreich zu besenden, um denselben auf diesem Wege zu einem Vereinigungspunkte des gesamten Slaventhums zu gestalten. Dieser Vorgang läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich bei der geplanten Zusammenkunft nicht mehr um eine rein wissenschaftliche Vereinigung gehandelt haben würde, sondern daß mit derselben zugleich eine in ihrer Tendenz gegen das Deutschthum gerichtete politische Kundgebung verbunden werden sollte. Eine derartige, das friedliche Zusammenleben der beiden Nationalitäten gefährdende Demonstration zu dulden, verbietet nicht nur die Rücksicht auf die deutschen nationalen Interessen überhaupt, sondern insbesondere auch die Rücksicht auf die deutsche Bevölkerung in der Stadt und in der Provinz Posen. Mit vollem Rechte ist daher der Polizeipräsident von Posen der Ausführung dieses Vorhabens entgegengetreten, indem er die Betheiligung ausländischer Aerzte an dem Kongresse untersagt hat. Wenn hierbei der Polizeipräsident darauf hingewiesen hat, daß er unter Umständen dazu genöthigt sein würde, diese zureisenden ausländischen Aerzte über die Grenze zu verweisen, so hat er hiernit lediglich die Anwendung desjenigen Mittels in Aussicht gestellt, welches nach Lage der Verhältnisse bei Nichtbefolgung der von ihm getroffenen Anordnung als das allein geeignete erschien.

Ueber das Ergebnis der Arbeiten der internationalen Finanzkontrollkommission in der Zeit vom 10. Mai bis 10. Juli d. J. wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ Nachstehendes mitgeteilt:

Die Zahlung der von Griechenland an die Türkei zu leistenden Kriegsschuldung ist durch die Kommission in der dem Friedensvertrage, dem Kontrollgesetz und den der Kommission mitgetheilten Entschliessungen der Großmächte entsprechenden Weise geregelt, die letzte Rate am 9. und 11. d. M. an die Londoner und Pariser Filiale der Banque ottomane entrichtet worden. Ueber die nach Artikel 10, 11 und 2 des Kontrollgesetzes zur Begleichung des Defizits von 1897 und zur Bezahlung und Konvertirung der schwedischen Schuld in Gold erforderlichen Maßnahmen ist zwischen der griechischen Regierung und der Kommission völliges Einverständnis erzielt worden. Die Summen, welche erforderlich waren zur Einlösung der am 15. Juni und 1. Juli zahlbaren Kuponen der verschiedenen griechischen Goldanleihen und für die übrigen nach Art. 1 und 15 des Reglements der alten Schuld im Laufe des Jahres 1898 zu leistenden Zahlungen sind von der Kommission genau berechnet und rechtzeitig an die mit dem Dienst der äußeren griechischen Staatsschuld betrauten Bankinstitute Deutschlands, Englands und Frankreichs übermittelt worden. Die bisher nach dem alten System der griechischen Finanzverwaltung erhobenen Staatseinkünfte, welche der Kommission durch das Zentralgesetz vom 26. Februar d. J. für den Dienst der äußeren Schuld zur Verfügung gestellt worden sind, sind von der Regierung und der Monopolgesellschaft stets pünktlich an die Kommission überwiesen worden. Die Arbeiten der Kommission zur Errichtung des neuen Systems der Erhebung der erwählten Staatseinnahmen und ihrer Kontrollirung durch die Kommission sind soweit gefördert worden, daß das neue Verfahren vom 1. 13. Juli ab in Kraft treten kann. Die Kommission hat somit die grundlegenden Arbeiten für die Einführung des neuen Systems der griechischen Staatsschuldenverwaltung beendet und dabei die ihr durch Artikel 40 Abs. 1 des Kontrollgesetzes gegebene Frist von zwei Monaten eingehalten. Zur Erledigung dieser vorstehend angeführten Arbeiten hat die Kommission 38 Plenarsitzungen abgehalten, daneben haben zahlreiche Sitzungen der zur Erleichterung der Kommissionsarbeiten eingesetzten Subkommissionen stattgefunden.

Mit der in Staatsarchiv gewonnenen Kasse hat nach einer Schanghai'schen Meldung der „Hf. Ztg.“ das „Flaggschiff“ „Deutschland“ Seizproben gemacht, und das Ergebnis wird als ein ausgezeichnetes bezeichnet.

## Frankreich.

Paris, 21. Juli. Der Untersuchungsrichter Jandre verhört heute Nachmittag den General Pellier und den Kommandanten Navary. Oberst Picquart wird voraussichtlich morgen verhört werden. Der Untersuchungsrichter Vermeil hat heute außer dem Major Gierhartz und der Madame Bays auch den Oberst Henry verhört.

Wie aus Madrid berichtet wird, erwarte man dort, daß am Freitag General Polavieja das Kriegssportfeld in einem nationalen Ministerium übernehmen würde, welches gebildet werden solle und dem auch General Weyler angehören würde. Das Gerücht von der Verhaftung Weylers wird als unrichtig bezeichnet. Weyler habe in seiner letzten Audienz bei der Königin dieselbe seiner Hingebung versichert.

## England.

London, 21. Juli. Der Prinz von Wales wird sich wahrscheinlich einer Operation unterziehen müssen, nämlich dem Zusammenbinden der Bruchtheile mit Silberdraht. Die Entscheidung hierüber hängt vom Resultat weiterer Untersuchungen mit Röntgenstrahlen und vom Zurückweichen der Anschwellung ab. Der Prinz ist trotz der Schmerzen guter Laune und vertritt sich die Zeit durch ein in seinem Zimmer angebrachtes Elektrophon, das ihn mit den meisten Londoner Theatern und Musikhallen verbindet.

## Russland.

Petersburg, 21. Juli. Der Fürst und die Fürstin von Bulgarien mit dem Prinzen Boris trafen Nachmittags 5 Uhr auf dem mit bulgarischen Flaggen geschmückten Bahnhof von Peterhof ein und wurden dahelbst in Vertretung des Zaren vom Großfürsten Vladimir empfangen. Außerdem waren die Großfürstin Vladimir und

der Großfürst Michael Alexandrowitsch sowie die sonstigen in Petersburg anwesenden Großfürsten und Großfürstinnen zum Empfang erschienen. Der Fürst schritt mit dem Großfürsten Vladimir die Front der Ehrenkompanie ab, wobei die Musikkapelle die bulgarische Hymne spielte. Das Fürstpaar stieg alsbald in Begleitung des Großfürsten und der Großfürstin Vladimir der Kaiserin-Mutter und dem Kaiserpaar einen Besuch ab. Der Kaiser und der Großfürst Michael Alexandrowitsch erwiderten alsbald den Besuch des Fürstpaars im Großen Palais. Der Minister des Auswärtigen, Graf Murawjew, wechselte mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stowilow ebenfalls Besuche. Abends 8 Uhr findet ein Familienbinnen im weißen Saal des Großen Schlosses statt.

Bei der Ankunft des bulgarischen Fürstpaars war auch der hiesige türkische Botschafter mit dem gesamten Personal der Botschaft zum Empfang am Bahnhof anwesend. Mit dem Kaiser erwiderte auch die Kaiserin den Besuch des Fürstpaars. Bei dem Familienbinnen sah der Kaiser in der Mitte der Tafel, zur Rechten des Kaisers die Kaiserin-Mutter, zur Linken die Kaiserin Alexandra. Der Fürst und die Fürstin Ferdinand hatten gegenüber Platz genommen.

Petersburg, 21. Juli. In der Zeitung „Rus“, die deswegen gemahnt wurde, verwahrt sich Graf Leo Tolstoi gegen die bureaukratischen Mißbräuche, sowie gegen Verewaltungen der hungernden Bauern. Eine Bäckerei, die von Privatpersonen für Nothleidende errichtet war, sei von der Polizei geschlossen, die Begründer hinausgetrieben worden. Auch Volkstänze wurden geschlossen und ihm der Besuch der Hungernden verboten. Die Grubeausföhrten seien schlecht, den meisten Bauern drohe völliger Mangel. Das einzige Mittel dagegen wäre Hebung der Volksbildung und der geistigen Kraft. Hilfeleistung theue dringend noth.

## Schweden und Norwegen.

Digermulen, 21. Juli. Der Kaiser wird heute vierzig Semellen nördlich gehen. Das Wetter hat sich vortheilhaft gehalten. Der Kurier geht heute ab. An Bord alles wohl.

## Arbeiterbewegung.

In Straßburg beschloß eine Gewerkschafts-kartell-Versammlung, einen Saal-Bauverein zu gründen und die Gründung eines Arbeiter-Kaisinos nicht aus den Augen zu lassen. Zur Verwirklichung dieses Planes wurde eine Kommission gewählt, welche das Nähere bearbeiten soll. — In Magdeburg fand eine zweite Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerbes statt, die aber wieder ergebnislos blieb, da die Arbeiter mit den von den Arbeitgebern bewilligten Lohnsätzen sich nicht zufrieden geben wollten, sondern auf ihrer höheren Forderung bestanden. Oberbürgermeister Schneider hat darauf, wie die „Magdeb. Ztg.“ berichtet, seine Vermittelungsthatigkeit als weiterhin ausföhrlos für beendet erklärt. — In Genf wurden in Folge des Ausstandes der Bauarbeiter, der zu ersten Aufsehrungen und zum Aufgebot von Truppen führte, der sozialistische italienische Arbeitersekretär Bergamini und vier andere italienische Arbeiterführer ausgewiesen. Sie werden an die Grenze gebracht werden.

## Invaliditäts- und Altersversicherung der Seelente.

Die Geschäftsstelle obiger Versicherung verjendet soeben ihren 6. Bericht für das Jahr 1897 bis zum 22. März 1898; demnach weist das Abrechnungsresultat 2311 Abnehmer mit 4014 Schiffen auf. Diese Zahlen betreffen diejenigen Abnehmer, von welchen in den verfloßenen Jahren Beiträge für angemessene Seelente gezahlt worden sind. Eine größere Anzahl dieser Abnehmer hat für 1897 keine Beiträge an die Geschäftsstelle entrichtet; die Fahrzeuge derselben waren entweder nicht in Fahrt oder hatten keine versicherungspflichtigen Personen an Bord. Die Entrichtung der Beiträge für die angemessenen Seelente, welche von den Abnehmern entweder auf Grund genauer Ermittlungen oder vorläufig nach der geschätzten Mannschaftszahl erfolgt ist, zeigt hinsichtlich der Art der Entrichtung gegen die Vorjahre nur geringe Abweichungen. Verhältnismäßig nur von wenigen Abnehmern ist die bequemere Art der Beitrags-entrichtung nach der geschätzten Mannschaftszahl in Gebrauch genommen. In Betreff der Beitrags-entrichtung für die Schiffer, welche außer durch Verwendung von Quittungskarten und Marken auch in gleicher Weise wie für die angemessenen Seelente erfolgen kann, hat es sich ergeben, daß jedoch die Zahl der Fälle sich in Zunahme befindet. Hierbei ist zu beachten, daß eine große Anzahl der Schiffer selbst Abnehmer oder Mitabnehmer sind, welche der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Es gilt letzteres insbesondere für die kleinen Segel- und Fischerfahrzeuge, welche regelmäßig nicht mit mehr als 3 Mann Besatzung in Fahrt gehen.

In Pommern waren 1896 227 zahlende Abnehmer, von denen 364 Beiträge gezahlt wurden, davon 170 für Dampf- und 341 für Segelschiffe, im Jahre 1897 191 zahlende Abnehmer mit 315 Beiträgen, davon 101 für Dampf- und 214 für Segelschiffe.

Im Rechnungsjahre 1897 sind an Beiträgen von den Abnehmern 389 579,71 Mark gezahlt. 1. an die Geschäftsstelle: Reste aus Vorjahren 23 018,56 Mark, Beiträge für 1897 366 386,86 Mark, 2. unmittelbar an die Versicherungsanstalten 174,29 Mark. Davon kommen auf Pommern 19 299,94 Mark für 2057 Seelente. — Von der Geschäftsstelle wurden 389 405,42 Mark an die zugehörigen Versicherungsanstalten abgeführt, davon für die Versicherungsanstalt Pommern 19 245,34 Mark, in den Vorjahren sind der Versicherungsanstalt Pommern zugeföhren 1896: 17 304,44 Mark, 1895: 18 901,27 Mark, 1894: 18 386,23 Mark, 1893: 22 669,58 Mark, 1892: 22 860,60 Mark, 1891: 24 433,74 Mark, zusammen also bisher 143 855,90 Mark. Das Ertröhen um zwangsweise auszuföhrende Einziehung von Beiträgen hatte die Geschäftsstelle an die betheiligten Ver-



**Santiago**, 22. Juli. Der Erzbischof von Santiago hat anonyme Drohbriefe erhalten; er wird beschuldigt, freundliche Beziehungen zu den Amerikanern gepflogen zu haben.